

Argumentarium «2 x Nein zum Angriff auf das Mietrecht»

Der perfide Plan der Immo-Lobby

Die Immobilien-Lobby will das Mietrecht mit einer ganzen Serie von Vorstössen im Parlament schwächen. Ihr Ziel ist klar: Noch mehr Rendite. Ihr Vorgehen ist perfide: Weil von der Immo-Lobby orchestrierte Parlamentarier*innen bewusst darauf verzichtet haben, die Gesetzesrevisionen wie üblich zu einer Vorlage zusammen zu fassen, muss gegen jede Gesetzesänderung einzeln das Referendum ergriffen werden. Die zwei ersten dieser Vorlagen werden voraussichtlich im März 2023 vom Parlament verabschiedet. Sie zielen darauf ab, den Kündigungsschutz zu schwächen, so dass Mieter*innen einfacher aus ihren Wohnungen oder Geschäftsräumlichkeiten geworfen werden können.

Erst einfacher rauswerfen, dann Mieten erhöhen

Oberflächlich betrachtet geht es bei den zwei Gesetzesrevisionen um Eigenbedarf und Untermiete. In Wirklichkeit will die Immo-Lobby aber den Kündigungsschutz aufweichen.

Wer als Vermieter*in wirklich in seiner Wohnung wohnen möchte, kann heute schon problemlos Eigenbedarf anmelden. Wobei kaum kontrolliert wird, ob der Vermieter tatsächlich in der Wohnung wohnt oder sie einfach teurer weitervermietet. Dieses Machtgefälle zwischen Vermieterschaft und Mieter*innen droht nun noch grösser zu werden. Denn künftig soll bei einem Streitfall die Lebenssituation der Mieter*innen – auch wenn sie prekär ist – nicht mehr mitberücksichtigt werden. Eine Kündigung ist jedoch gerade für ältere Personen, Familien oder Geringverdienende sehr einschneidend.

Auch die Untermiete ist im Gesetz bereits klar geregelt. Das Mietrecht schützt die Mieter*innen einzig vor Missbräuchen – und dieser Schutz ist der Immo-Lobby ein Dorn im Auge. Das Recht auf Untermiete soll stark eingeschränkt werden und künftig könnten Vermieter*innen wegen Formalitäten die Kündigung aussprechen. Denn genau das ist der Plan der Immo-Lobby: Mieter*innen einfacher rauswerfen, um danach die Mieten erhöhen zu können. Menschen verlieren also ihr Zuhause, damit die Immobilienkonzerne noch mehr Profit machen können.

Wehret den Anfängen!

Dieser Abbau beim Mietrecht ist erst der Anfang. Die nächsten Verschlechterungen sind schon auf dem Weg, respektive im Parlament. So soll es künftig für Vermieter*innen noch einfacher werden, überrissene Mietpreise zu verlangen, um die Rendite in die Höhe zu treiben. Mieter*innen hingegen sollen noch weniger Möglichkeiten haben, um sich gegen missbräuchliche Renditen und Mieten zu wehren. Das Parlament wird die entsprechenden Gesetzesvorlagen, die natürlich ebenfalls von der Immo-Lobby orchestriert wurden, voraussichtlich ab 2023 behandeln. Die nächsten Referenden sind also schon in Sichtweite. Umso wichtiger ist ein wuchtiges Nein gegen die zwei Rauswurf-Vorlagen.

Wehren wir uns gegen diesen respektlosen Angriff auf die Mieter*innen!

Die Mieter*innen sitzen in der Schweiz am kürzeren Hebel. Sie müssen überhöhte Mieten bezahlen und das ohnehin eher schwache Mietrecht wird von der Immo-Lobby immer wieder angegriffen. Wir wehren uns gegen diese Angriffe. Denn wenn wir uns wehren, haben wir Erfolg: Vor der Schlichtungsstelle, vor Gericht oder auch auf der politischen Ebene. Darum fordern wir Respekt und verteidigen unsere Rechte als Mieter*innen mit dem stärksten Mittel, das wir haben: Unserem Stimmzettel an der Urne.